

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 804

der Abgeordneten Britta Stark und Dr. Jens Klocksinn

Fraktion der SPD

Landtagsdrucksache 4/1950

Recyclinghof Bernau

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 804 vom 23.09.2005:

Nach einer Schabenplage im Juni 2005 macht der Recyclinghof Bernau durch den mehrtägigen Großbrand im September 2005 erneut von sich Reden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Seit wann ist der Recyclinghof durch welche Betreiber in Betrieb genommen?
2. Welche Abfälle werden gelagert, woher stammen diese und wohin werden diese zur Endlagerung bzw. Weiterverarbeitung verbracht?
3. Wie lang ist die durchschnittliche Lagerdauer der eingelagerten Stoffe, aufgeschlüsselt nach Art der Stoffe?
4. War der Landesregierung bekannt, dass die zusätzliche Lagerung überschritten wurde? Wenn ja, seit wann war dem so und welche Maßnahmen wurden wann ergriffen?
5. Wer hat welche Genehmigung auf welcher Rechtsgrundlage wann ausgesprochen?
6. Trifft es zu, dass die erforderliche immissionsschutzrechtliche Genehmigung nicht vorliegt?
7. Wer hat wann und mit welchem Ergebnis die Umsetzung der genehmigungsrechtlichen Auflagen geprüft?
8. Welche Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes wurden dem Betrieb zur Auflage gemacht?
9. Welche Erkenntnisse liegen über die Brandursache vor?

Datum des Eingangs: 27.10.2005 / Ausgegeben: 01.11.2005

10. Welche Gefahren durch den Brand bestanden für Mitarbeiter und Anwohner?
11. Warum konnte der Brand über mehrere Tage nicht unter Kontrolle gebracht werden. Und wie ist die Kritik der Berliner Feuerwehr (vgl. Tagesspiegel vom 12. September 2005) zu bewerten?
12. Sind die Grenzwerte für Stickoxide, Ozon und Feinstaub überschritten worden, wie haben sich die Messwerte entwickelt und wer hat die Messungen vorgenommen?
13. Welche Konsequenzen beabsichtigt die Landesregierung aus der Havarie hinsichtlich rechtlicher Rahmensetzungen betreffend der zulässigen Lagerung, der Brandlast und der technischen Kontrolle zu ziehen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Seit wann ist der Recyclinghof durch welche Betreiber in Betrieb genommen?

zu Frage 1:

Die Abfallrecyclinganlage (Recyclinghof) wurde mit Datum 01.03.1995 durch die „GESA Wohnungs- und Gewerbebau GmbH“ in Betrieb genommen.

Zum 01.04.1997 wurde der Betreiberwechsel in die „GEAB Bernau GmbH“ angezeigt.

Frage 2:

Welche Abfälle werden gelagert, woher stammen diese und wohin werden diese zur Endablagerung bzw. Weiterverarbeitung verbracht?

zu Frage 2:

In den Abfallbehandlungsanlagen der GEAB in Bernau wurden folgende Abfälle mit folgenden Abfallschlüsselnummern behandelt und zwischengelagert (Input- und Outputlagerung):

Mineralische Abfälle:

Abfälle aus Keramikerzeugnissen, Ziegeln, Fliesen und Steinzeug (10 12 08)

Betonabfälle und Betonschlämme (10 13 14)

Gemischte Verpackungen (15 01 06)

Beton (17 01 01)

Ziegel (17 01 02)

Fliesen, Ziegel, Keramik (17 01 03)

Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 01 06 fallen (17 01 07)

Boden und Steine mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 05 03 fallen (17 05 04)

Gleisschotter mit Ausnahme desjenigen, der gefährliche Stoffe enthält (17 05 08)

Mineralien (z.B. Sand, Steine; 19 12 09)

Boden und Steine (20 02 02)

feste Abfälle aus der Sanierung von Böden mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 13 03 fallen (19 13 02)

Gemische Abfälle:

Gemischte Verpackungen (15 01 06)

Gemischte Bau- und Abbruchabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 09 01, 17 09 02 und 17 09 03 fallen (17 09 04)

Sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 12 11 fallen (19 12 12)

Gemischte Siedlungsabfälle (20 03 01)

Kompostierbare Abfälle:

Abfälle aus der Forstwirtschaft (02 01 07)

Rinden- und Holzabfälle (03 03 01)

Sägemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spannplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04 fallen (03 01 05)

Verpackungen aus Holz (15 01 03)

Holz (17 02 01)

Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 19 12 06 fällt (19 12 07)

Holz mit Ausnahme desjenigen, dass unter 20 01 37 fällt (20 01 38)

biologisch abbaubare Abfälle (20 02 01)

Marktabfälle (20 03 02)

Fäkalschlamm (20 0304)

Sonstige Abfälle:

Bitumen (05 01 17)

Bitumengemische mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 03 01 fallen (17 03 02)

Die vorgenannten Abfälle stammen aus Baumaßnahmen, Behandlungsanlagen, Gewerbebetrieben und Haushaltungen. Die Genehmigungen regeln die Zulässigkeit der angenommenen Abfallarten und -mengen, nicht jedoch die Bezugsquellen. Es ist bekannt, dass zur GEAB neben Abfällen inländischer Herkunft z. B. auch gemischte Abfälle aus Holland und Österreich angeliefert wurden.

Im Genehmigungsantrag hat jeder Betreiber zunächst einen sicheren Entsorgungsweg für den Verbleib seiner Abfälle nachzuweisen. Der Entsorgungsweg darf dann vom Betreiber eigenverantwortlich geändert werden, z. B. zwecks Anpassung an die Marktlage, wobei er sich zu vergewissern hat, dass der Abnehmer seiner Abfälle über die Zulassung zur Entsorgung der Abfälle verfügt. Die Erteilung und Überwachung dieser Zulassung obliegt den jeweils örtlich zuständigen Behörden. Entsprechend war auch von der GEAB zu verfahren.

Grundsätzlich werden bei Behandlungsanlagen wie der GEAB, die durch die Behandlung entstehenden Fraktionen abfallartspezifischen Entsorgungswegen zugeführt. So werden beispielsweise die mineralischen Abfälle im Straßen- oder Landschaftsbau verwertet, die aussortierten Metalle gehen in die Metallaufbereitung und die heizwertreiche Fraktion wird als Ersatzbrennstoff in Heizkraftwerken eingesetzt.

Die verbleibende nicht verwertbare Teilfraktion kann - soweit sie die jeweiligen Deponiezuordnungswerte einhält - deponiert werden.

Detailliertere Aussagen zur Herkunft der Abfälle und zu den für den jeweiligen Abfall gewählten Entsorgungsweg sind, soweit es den innerdeutschen Bereich betrifft, aufgrund größtenteils fehlender abfallrechtlicher Nachweispflichten und ständig wechselnder Anlieferer und Abnehmer nicht möglich.

Der Import von Sortierresten aus Belgien und Holland sowie der Export von Sortierresten zur Verbrennung in einem Zementwerk in Polen wurde von GEAB GmbH beim Landesumweltamt notifiziert und von diesem bestätigt.

Derzeit ist aufgrund der Stilllegungsverfügung des Landesumweltamtes Brandenburg der GEAB GmbH weder die Abfallannahme, die Behandlung noch die Entsorgung der in der Anlage lagernden Abfälle erlaubt.

Frage 3:

Wie lang ist die durchschnittliche Lagerdauer der eingelagerten Stoffe, aufgeschlüsselt nach Art der Stoffe?

zu Frage 3:

Die Genehmigungen betreffen primär Art und Menge der zugelassenen Abfälle. Bei Anlagen zur Zwischenlagerung, wie bei der GEAB, sollen die jeweiligen Lagerzeiten in der Regel ein Jahr nicht überschreiten.

Frage 4:

War der Landesregierung bekannt, dass die zusätzliche Lagerung überschritten wurde? Wenn ja, seit wann war dem so und welche Maßnahmen wurden wann ergriffen?

zu Frage 4:

Hierzu wird in Kurzfassung auf die Behördenaktivitäten des Landesumweltamtes gegenüber der GEAB bis zum Ausbruch des Brandes am 9./10.9.05 hingewiesen:

- 22.03.05 unangekündigte Anlagenkontrolle (Lagerung von Abfällen außerhalb der genehmigten Lagerflächen festgestellt; Vermutung von Abfallüberbeständen)
- 31.03.05 angekündigte Anlagenkontrolle zur Konkretisierung der Feststellungen und Vermutungen vom 22.03.05 und zur Kontrolle des bestimmungsgemäßen Betriebes
- 06.04.05 Entgegennahme der geforderten Entsorgerbilanz für das I. Quartal 05
- 11.04.05 Entgegennahme der GEAB-Stellungnahme zu den Protokollfestlegungen der Anlagenkontrolle vom 31.03.05
- 15.04.05 Nachforderungen/Präzisierungen zu den Festlegungen aus der Anlagenkontrolle vom 31.03.05
- 21.04.05 Nachforderungen zur Entsorgerbilanz für das I. Quartal 05
- 11.05.05 Schreiben an GEAB mit Ankündigung einer Lagerbestandsvermessung am 19.5.05 durch das LUA
- 13.05.05 Anhörung zur beabsichtigten Beräumungsanordnung (wegen Nutzung illegaler Lagerflächen)

- 17.05.05 GEAB teilt mit, dass die Lagerbestandsvermessung nicht durch das LUA, sondern durch ein unabhängiges, im Land Brandenburg zugelassenes Vermessungsbüro erfolgen soll
- 20.05.05 Ankündigung eines Ordnungswidrigkeiten (OWi) -Verfahrens in Auswertung Entsorgerbilanz wegen Bauschutt-Überbeständen
- 23.05.05 Einleitung des OWi-Verfahrens (Anhörung) wegen Bauschutt-Überbeständen
- 03.06.05 Entgegennahme der Mitteilung des Vermessungsbüros, dass sich die Vermessungsergebnisse verzögern
- 06.06.05 Anlagenkontrolle zum bestimmungsgemäßen Betrieb
- 13.06.05 Beräumungsverfügung betreffend die illegal genutzten Lagerflächen
- 20.06.05 Entgegennahme des Vermessungsergebnisses im Rahmen einer Anlagenkontrolle
- 04.07.05 Anhörungsschreiben zur Ausdehnung des OWi-Verfahrens auf die bei der Vermessung konkretisierten höheren Abfall-Überstände
- 24.06.05 Anhörungsschreiben zum beabsichtigten Annahmestopp und zur Anordnung der Beräumung (wegen Überbeständen)
- 12.07.05 Entgegennahme des Widerspruches der GEAB gegen Beräumungsanordnung vom 13.06.05
- 22.07.05 Mündliche Anhörung der GEAB im LUA zum Anhörungsschreiben vom 24.06.05
- 01.08.05 Schriftliche Äußerung zur mündlichen Anhörung vom 22.7.05
- 15.08.05 Stilllegungs- und Beräumungsanordnung (wegen Überbeständen)
- 17.08.05 Entgegennahme des Widerspruches der GEAB gegen die Stilllegungs- und Beräumungsanordnung vom 15.08.05
- 18.08.05 Information der Stadt Bernau und des LK Barnim (Gesundheitsamt, untere Abfallwirtschaftsbehörde) zur Stilllegungs- und Beräumungsanordnung
- 18.08.05 Eilantrag der GEAB beim Verwaltungsgericht (VG) Frankfurt (Oder) zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs
- 23.08.05 Antragserwiderung durch LUA und Übergabe der Original-Verwaltungsvorgänge an das VG
- 25.08.05 Beginn intensiver Kontrollen zum Annahmestopp
- 26.08.05 Ablehnung Eilantrages der GEAB vom 18.08.05 durch das VG
- 09.09.05 Anhörung zur beabsichtigten Androhung von Zwangsgeld (zur Anordnung vom 15.08.05)
- 10.09.05 Brand des Gewerbeabfall-Zwischenlagers

Die Überwachung der Lagerbestände oblag in erster Linie der GEAB selbst, zumal sie sich als Mitglied der „Entsorgungsgemeinschaft Bau Brandenburg/Berlin“ und mit der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb zu einem besonders hohen Maß an Eigenverantwortung bekannte und dies im Rahmen der Deregulierung auch beanspruchte.

Frage 5:

Wer hat welche Genehmigung auf welcher Rechtsgrundlage wann ausgesprochen?

zu Frage 5:

Die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen wurden durch das Amt für Immissionsschutz Schwedt auf Grundlage des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) erteilt:

Die Genehmigung für eine Abfall-Recyclinganlage (Bauschuttrecycling, Sortieranlage für gemischte Abfälle) wurde unter dem Datum 17.03.1994 erteilt. Dazu ergingen Änderungsbescheide mit Datum vom 08.02.96 (Änderung von Kapazitätsparametern), 05.02.97 (Änderung von Ausrüstungsparametern) und 03.03.98 (Ergänzung durch Mineralmischanlage und Erdstofflager).

Die Genehmigung für eine Kompostierungsanlage wurde am 27.09.1995 erteilt. Dazu ergingen die Änderungsbescheide vom 22.05.96 und vom 12.03.97.

Frage 6:

Trifft es zu, dass die erforderliche immissionsschutzrechtliche Genehmigung nicht vorliegt?

zu Frage 6:

Das trifft nicht zu; der Anlagenbetreiber (GEAB) hat die zur Frage 5 benannten Genehmigungen.

Diese umfassen jedoch nicht die im Frühjahr/Sommer 2005 festgestellten Abfall-Übermengen, die den Tatbestand des ungenehmigten Betriebes erfüllen.

Frage 7:

Wer hat wann und mit welchem Ergebnis die Umsetzung der genehmigungsrechtlichen Auflagen geprüft?

zu Frage 7:

Die Auflagen aus dem Immissionsschutz- und Abfallrecht wurden bis zur Behördenumbildung im Jahr 2004 vom Amt für Immissionsschutz Schwedt und danach vom Landesumweltamt geprüft. Erstbegehung nach Errichtung der Anlage fand am 19.02.1996 statt. Weitere Anlagenkontrollen fanden statt am 05.06.1997, am 29.10.1998, am 16.11.1999, am 08.06.2000, am 20.02., 27.06., 25.09. und 04.12.2001, am 04.06.2002, am 15.07., 12.08. und 20.11.2003, am 06.05. und 05.07.2004 sowie am 22.03., 31.03., 06.06., 20.06. und 04.07.2005.

Die Anlagenkontrollen im März 2005 ergaben die Hinweise auf Abfall-Überbestände. Im Übrigen liegen zu den durchgeführten Anlagenkontrollen Begehungsprotokolle vor.

Die dem Landkreis als untere Bauaufsichtsbehörde im Rahmen der jeweiligen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zur Stellungnahme vorgelegten Bauvorlagen haben keinen Anlass zu speziellen bauaufsichtlichen Auflagen, insbesondere hinsichtlich des vorbeugenden Brandschutzes, gegeben. Da die Kunststofflager-Richtlinie vom 29. Juni 1998 zum Zeitpunkt der von der unteren Bauaufsichtsbehörde im jeweiligen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren abgegebenen Stellungnahmen noch nicht in Kraft war, konnte sie keine Berücksichtigung finden. Schlussabnahmen durch die untere Bauaufsichtsbehörde erfolgten in aller Regel im Rahmen der Abnahmeprüfungen des Amtes für Immissionsschutz Schwedt.

Die Stadt Bernau beauftragte die Brandschutzdienststelle des Landkreises Barnim mit der Durchführung der Brandschau auf der Grundlage der „Verordnung über die Organisation und die Durchführung der Brandschau“. Die letzte Brandschau wurde am 27. Juli 2004 durchgeführt. Dabei wurde bemängelt, dass das Unternehmen keine Brandschutzordnung hatte und ein aktueller Feuerwehrplan fehlte.

Die Umsetzung der arbeitsschutzrechtlichen Auflagen in der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung wurde bei mehreren Vor-Ort-Besichtigungen in den Jahren 1994, 1995 und im Rahmen der Schlussbesichtigung 1996 durch das seinerzeitige Amt für Arbeitsschutz Eberswalde überprüft. Als Mängel wurden Lärmbelastungen der Beschäftigten an der Brecheranlage sowie eine fehlende Beleuchtung im Außenlager beanstandet. Diese sind von der Betriebsleitung abgestellt worden. Weitere Betriebsbesichtigungen zur Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen wurden im Jahr 2002 und im Jahr 2005, nunmehr durch das Landesamt für Arbeitsschutz, durchgeführt. Beanstandet wurden u.a. eine fehlende Gefährdungsbeurteilung zur Belastung der Beschäftigten durch biologische Stoffe sowie eine unzureichende Regelung für die Reinigung der Arbeitskleidung im Sortier- und Kompostierbereich. Eine Information zur Abstellung der Mängel bzw. zur Einleitung entsprechender Maßnahmen ist eingefordert worden.

Insgesamt wird die Arbeitsschutzsituation im Unternehmen positiv eingeschätzt. Die Unternehmensleitung zeigt hohes Engagement bei der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen des Arbeitsschutzes. Sie wird hierbei durch ein extern gebundenes Ingenieurbüro sicherheitstechnisch und betriebsärztlich beraten und betreut.

Frage 8:

Welche Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes wurden dem Betrieb zur Auflage gemacht?

zu Frage 8:

Bei der letzten Brandschau am 27. Juli 2004 wurde bemängelt, dass das Unternehmen keine Brandschutzordnung hatte und ein aktueller Feuerwehrplan fehlte (s. auch Antwort zu Frage 7). Die entsprechend erteilten Auflagen wurden dann durch das Unternehmen erfüllt.

Frage 9:

Welche Erkenntnisse liegen über die Brandursache vor?

zu Frage 9:

Die Brandursache ist bislang ungeklärt. Die Spezialisten des Landeskriminalamtes konnten bislang weder Brandstiftung noch Selbstentzündung sicher ausschließen. Die technischen Untersuchungen dauern an.

Frage 10:

Welche Gefahren durch den Brand bestanden für die Mitarbeiter und Anwohner?

zu Frage 10:

Bei der Bekämpfung des Brandes des Recyclinglagers der GEAB mbH wurden Rauchgaswolken im erheblichen Umfang freigesetzt. In Gefahr brachten sich die Einsatzkräfte der Feuerwehren und die Fahrer der Radlader beim Betreten bzw. Befahren des Lagerkörpers, da nicht ausgeschlossen werden konnte, dass ein Schweißbrand in Form von Kanälen unter der Recyclingoberfläche (mit Erdreich abgedeckt oder ohne Erdreich) vorangeschritten war. Sie arbeiteten im Schadensbereich durchgängig mit Pressluftatemgeräten und Atemschutzfiltern.

Die u.a. im Wege der Amtshilfe für den Landkreis vom Landeskriminalamt Berlin mit dem Messfahrzeug „Spüfuchs“ an der Brandstelle identifizierten Schadstoffe (u. a. Styrene, Naphthalene, Biphenyle, Benzol, Toluol, Aceton und Ammoniak) ergaben keine Hinweise auf akute gesundheitliche Gefährdungen.

Frage 11:

Warum konnte der Brand über mehrere Tage nicht unter Kontrolle gebracht werden, und wie ist die Kritik der Berliner Feuerwehr (vgl. Tagesspiegel vom 12. September 2005) zu bewerten?

zu Frage 11:

Die Einsatzleitung bzw. Führung lag beim Träger des überörtlichen Brandschutzes, beim LK Barnim.

Die Entscheidungen der Einsatzführung beim Ausmaß eines solchen Brandes waren gerechtfertigt. Es wurden mit Beginn des Einsatzes richtige Entscheidungen getroffen, um dieses Großschadensereignis in kürzester Zeit unter Kontrolle zu bekommen.

Dass durch den unvorhergesehen Starkregen in der Nacht zum 11.09.2005 die aufgebrachte Schaumdecke teilweise zerstört wurde, war nicht vorhersehbar.

Unmittelbar nach dem Starkregen wurde sofort ein neuer Schaummitteleinsatz vorbereitet und gleichzeitig der abgelöschte Bereich erfolgreich mit Erdreich abgedeckt. Nur so konnte der Brand schnell unter Kontrolle gebracht werden und die Rauchgasbelastung eingedämmt werden.

Ein Vergleich zum Brand der Reifendeponie in Berlin-Schmöckwitz kann nicht gezogen werden, da dort andere Bedingungen (Brandgut) vorlagen.

Frage 12:

Sind die Grenzwerte für Stickoxide, Ozon und Feinstaub überschritten worden, wie haben sich die Messwerte entwickelt und wer hat die Messungen vorgenommen?

zu Frage 12:

Das Landesumweltamt betreibt im landesweiten automatischen Messnetz zur Überwachung der Luftqualität im Stadtgebiet von Bernau zwei stationäre Messstationen:

- für Ozon, Stickoxide und meteorologische Parameter in der Ladeburger Str.23,
- für Feinstaub an der Lohmühlenstr. 42.

Für den Zeitraum des Brandes gilt:

- Die Ozon- und Stickoxidwerte sind hinsichtlich der Größenordnung vergleichbar mit den Messwerten der anderen Stationen im Land und liegen deutlich unterhalb der Grenzwerte.
- Die Feinstaub-Konzentrationen bewegen sich sowohl großräumig als auch in Bernau im Tagesmittel um den Grenzwert von 50 Mikrogramm/m³. Daher ist eine Erhöhung der Feinstaub-Konzentration an der Bernauer Messstelle durch das Brandgeschehen auszuschließen.
- Zu beachten ist jedoch, dass die Windrichtung Nord bis Nordost vorherrschte und die Messstationen im Zentrum Bernaus und somit westlich des Standortes der GEAB liegen.

Frage 13:

Welche Konsequenzen beabsichtigt die Landesregierung aus der Havarie hinsichtlich rechtlicher Rahmensetzungen betreffend der zulässigen Lagerung, der Brandlast und der technischen Kontrolle zu ziehen?

zu Frage 13:

Betreffend GEAB wird, ergänzend zur Beräumungs- und Stilllegungsverfügung, vom Landesumweltamt der Entzug des Zertifikats als Entsorgungsfachbetrieb veranlasst.

Vom Landesumweltamt wurde weiterhin ein Entsorgungskonzept zur Reduzierung der Überbestände in der Anlage gefordert, in dem die vorgesehenen Entsorgungswege darzustellen sind. Dieses Konzept befindet sich derzeit in der Abstimmung zwischen Anlagenbetreiber und Landesumweltamt.

Für den Bereich des Ministerium des Innern, hier Brand- und Katastrophenschutz, wird auf die seit 1998 bestehende „Richtlinie über den Brandschutz bei der Lagerung von Sekundärstoffen aus Kunststoff“ (Amtsblatt des Landes Brandenburg 1998, Nr. 35, S.747) verwiesen, die als Technische Baubestimmung bauaufsichtlich eingeführt wurde. Sie behandelt genau die Probleme der Freilagerung, der Abstands- und Lagerflächen der Löschwasserversorgung, der Lagerhöhe und der Brandlast. Die Umsetzung dieser technischen Baubestimmung durch die zuständigen Behörden ist aufsichtlich zu überprüfen.

Ein Gemeinsames Rundschreiben von MLUV, MI und MIR zum Brandschutz bei Abfallentsorgungsanlagen, das im Entwurf bereits vorliegt, soll kurzfristig verabschiedet werden. Auf dessen Basis sind dann bei allen einschlägigen Anlagen im Land Brandenburg die erforderlichen Maßnahmen unverzüglich durchzusetzen.